

SPIEGEL ONLINE - 22. März 2002, 11:12

URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,188296,00.html>

Weltwassertag

Uno warnt vor Kriegen wegen Wassernot

Von Holger Kulick

Durch verschmutztes Wasser sterben jährlich zehnmal so viele Menschen wie durch Kriege. Über eine Milliarde Menschen fehlt generell der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Diese Knappheit ist ein "Keim für gewalttätige Konflikte", mahnt die Uno und hofft auf eine "blaue Revolution". Doch Experten fürchten, dass Konzerne das Wasser privatisieren.

Berlin/New York - Wie lange haben Sie heute morgen geduscht? Fahren Sie mit ihrem Auto einmal wöchentlich durch die Waschanlage oder reicht Ihnen einmal im Monat aus? Und haben Sie schon mal auf einer Wasserrutsche nachgedacht, wie tief greifend große Aquaparks durch ihren Wasserverbrauch den Grundwasserpegel beeinträchtigen können? Im verregneten Deutschland mutet diese Frage überflüssig an, aber Uno-Generalsekretär Kofi Annan warnt - sie ist es nicht. Denn "durch Umweltverschmutzung und steigenden Bedarf sind die natürlichen Wasservorräte auch dort bedroht, wo sie ausreichend oder im Überschuss zur Verfügung stehen", mahnt Annan zum heutigen Weltwassertag.

Im Jahr 1992 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen, jedes Jahr am 22. März diesen Tag zu begehen, um auf die zentrale Bedeutung der feuchten Lebensressource einzugehen. Das Thema in diesem Jahr lautet: "Wasser für Entwicklung". Laut Annan sterben jährlich mehr als fünf Millionen Menschen an durch Wasser verursachten Krankheiten, darunter zwei Millionen Kinder. 1,1 Milliarden Menschen sind nach den aktuellen Uno-Zahlen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Fast 2,5 Milliarden Menschen würden ohne Zugang zu Latrinen und Abwasserentsorgung leben - ein schwer wiegendes Gesundheitsproblem. Besonders dramatisch sei die Situation in Asien, Afrika aber auch in Nahost. Bereits 2025 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern mit mehr oder minder bedrohlicher Wasserknappheit leben, rechnet die Uno und warnt: "Heftige nationale Auseinandersetzungen um Wasserreserven haben die Angst geschürt, dass Wasserknappheit den Keim für gewalttätige Konflikte in sich trägt."



AP
1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser

Vergleichsweise minimale Trinkwasserreservoirs



GMS
Das Bild trägt: Wasser ist nicht Wasser und steht nutzbar nur begrenzt zur Verfügung

Der Blaue Planet Erde ist zwar zu rund 71 Prozent mit Wasser bedeckt, davon sind aber nur 2,5 Prozent Süßwasser und nur 0,007 Prozent gelten als nutzbar. Das entspreche etwa einem Teelöffel Wasser aus einer gefüllten Badewannenmenge, rechnet die Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, Uschi Eid, vor. Und das für Menschen nutzbare Wasser werde "immer weniger".

Die Wasserprobleme müssten aber nicht zwangsläufig zu Spannungen führen, hofft Uno-Generalsekretär Annan. Sie könnten auch als "Katalysator für Zusammenarbeit" wirken, schließlich würden mehr als 300 große Flüsse nationale Grenzen überqueren. Ob in der Bewässerungstechnik oder Überschwemmungsforschung müssten

Wissenschaftler zusammenarbeiten, um eine "blaue Revolution" zu erreichen, fordert Annan.

In Ländern wie Usbekistan gehen mehr als 70 Prozent des Wassers insbesondere für Baumwollbewässerung verloren, rechnen Experten vor. Und in nicht wenigen Ländern versickern und verdampfen über 50 Prozent von gewonnenem Frischwasser auf dem Weg durch marode Leitungen verloren. Weltweit seien Investitionen von bis zu 180 Milliarden Euro nötig, um kontrollierten Wasserzu- und -abfluss zu regeln. Dazu sei die Öffentliche Hand aber nur noch in wenigen Ländern in der Lage und die Privatisierung von Wasserquellen eine Frage der Zeit - auch in wohlhabenden Ländern.

Appell von Umwelt- und Entwicklungshilfeministerium

In Deutschland gingen zum Anlass des Weltwassertags Umwelt- und Entwicklungshilfeministerium einen ungewöhnlichen Weg und riefen in einer gemeinsamen Erklärung zu einer "wirksamen Wasserpolitik für die Armutsbekämpfung und Konfliktvermeidung" besonders in Afrika auf. Der Zugang zu sauberem Wasser sei für viele Entwicklungsländer "ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung". Wichtig dafür sei, dass Wasser "ein öffentliches Gut" bleibe, so die Staatssekretärin im Umweltministerium, Gila Altmann. Die wichtige Aufgabe der Überwachung und Qualitätskontrolle müsse allerdings ganz beim Staat verbleiben. Angesichts der Entwicklung beim Kölner Spendenskandal warnte Altmann auch davor, dass die Wasserversorgung "ein weites Feld für Korruption" werden könne.

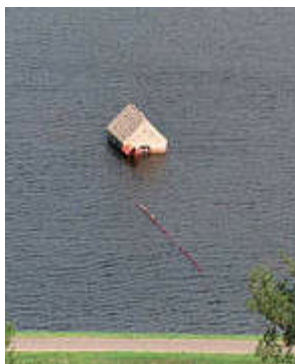


Trinkwasser-Debatte der GTZ in Berlin, in der Bildmitte die Staatssekretärinnen Gila Altmann und Uschi Eid

BUND warnt vor Geschäftemacherei mit Wasser

In diesem Zusammenhang sieht der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) die Trinkwasserversorgung "national und international vor allem durch Bestrebungen gefährdet, mit dem Wasser profitable Geschäfte machen zu wollen". Da sich Privatunternehmen zunehmend an kommunalen Wasserwerken beteiligten, drohe bei schärferer Konkurrenz eine Vernachlässigung des Ressourcenschutzes und die Minderung der Wasserqualität.

Der BUND rief daher Bundesländer und Umweltverbände zur Verteidigung der kommunalen und dezentralen Wasserversorgung auf. Dasselbe gelte auch für die Entwicklungsländer. Das Recht auf Zugang zum Trinkwasser müsse überall als staatlich regulierte Dienstleistung gewährleistet werden. Eine Privatisierung der Wasserressourcen und die Liberalisierung des Wassermarktes führe nur zur Qualitätsminderung und höheren Preisen.



Wasser im Überfluss durch Fehlplanungen in der Wasser-Infrastruktur und verfehlt Klimapolitik: Hochwasser im Oderbruch 1997

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit warf der BUND vor, "die fragwürdige Wasserpolitik der Kohl-Regierung lediglich weiter fortzuführen". Die Förderung privater Strukturen durch so genannte "Public-Private-Partnership" und des Staudammbaus sei kein Beitrag zur nachhaltigen Nutzung der Natur.

Der Umweltverband forderte den Bundestag ebenfalls auf, bei den in Berlin bevorstehenden Beratungen zum Wasserhaushaltsgesetz dem Umweltschutz einen höheren Stellenwert einzuräumen. Es dürfe nicht sein, dass das künftige Gesetz Natur zerstörende Baumaßnahmen für Schifffahrt und Wasserkraftwerke auf Kosten der Flüsse erlaube. Gravierende Fehler beim Ausbau von Rhein und Donau seien mitverantwortlich für die regelmäßig wiederkehrenden Hochwasserkatastrophen. An Elbe, Saale und Oder dürften diese Fehler nicht wiederholt werden.

Schweiz will internationale Wasserkonvention

Auf einer Tagung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in Berlin appellierte die Schweizer Koordinatorin für Entwicklungspolitik und Vertreterin schweizerischer Hilfswerke, Rosemarie Bär, an die Bundesregierung, die Schweiz bei

dem Vorstoß zu unterstützen, auf dem Uno-Weltgipfel im Spätsommer in Johannesburg eine Weltwasserkonvention durchzusetzen. In ihr soll der gleichberechtigte Zugang der Menschen auf sauberes Trinkwasser festgeschrieben werden. Wasser dürfe "nicht zur privaten Handelsware und einer Quelle des Profits werden" heißt es in der Erklärung.

Ferbner soll ein internationales Schiedsgericht bei der Nutzung von Wasserressourcen durch verschiedene Länder vermitteln und die Wasserverschmutzung soll energischer bekämpft werden, auch durch eine stärkere Förderung von ökologischer Landwirtschaft. Auf deutsche Unterstützung wird von den Eidgenossen gehofft.

© SPIEGEL ONLINE 2002

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet AG

Zum Thema:

- Im Internet:
- Im Rückblick - die Bonner Süßwasserkonferenz 2001
<http://www.water-2001.de/>
 - Die Uno-Besiedlungsstrategien "UN-Habitat"
<http://www.unhabitat.org/default.asp>
-